

Freiheit statt Verteilung
- wie können Staaten Zukunft gestalten?¹

*Wenn Du ein Schiff bauen willst, dann trommle nicht
Männer zusammen, um Holz zu beschaffen, Aufgaben zu
vergeben und die Arbeit einzuteilen, sondern lehre sie
die Sehnsucht nach dem weiten, endlosen Meer.*

Antoine de Saint-Exupéry (1900-1944)

Die Frage nach Zuständigkeiten und Spielräumen des Nationalstaates ist so alt wie dieser selbst.² Allerdings muß sie heute unter anderen Vorzeichen gestellt werden, weil durch die Internationalisierung der Produktion und fortschreitender Tertiarisierung in entwickelten Volkswirtschaften einstmals ortsgebundene Produktionsfaktoren mobil werden. Sie streben an den Ort ihrer effizienten Verwendung und orientieren sich nicht an nationalen Grenzlinien. Gleichzeitig ist der Staat im Innern durch eine alternde Gesellschaft und eine Verschuldung der öffentlichen Haushalte herausgefordert, die zusehends seine Fähigkeit aushöhlt, eine nach normativen Maßstäben sozialpolitisch gerechte Ordnung zu ermöglichen.

Die Illusion des Staates als allfürsorgender Organisator ist endgültig Vergangenheit, er muß sich vielmehr auf Kernaufgaben konzentrieren, um wieder an Glaubwürdigkeit zu gewinnen. Ist der Staat somit in diesem Szenario kraft- und machtlos? Nein, aber im Interesse seiner Wettbewerbsfähigkeit braucht der Staat eine neue Vision und politisches Handeln, das sich daran orientiert: Freiheit statt Verteilung.

Im Folgenden wird diese Forderung in drei Thesen konkretisiert.

¹ Von **Dominik F. Schlosstein** (dominik.schlosstein@web.de, Tel: 0177 79 33 430)

² Nach der „Drei-Elementen-Lehre“ von Jellinek sind Wesensmerkmale des Staates das Staatsgebiet, das Staatsvolk und die Staatsgewalt.

1. Von der Reaktion zur Aktion

Der aktive Staat gestaltet Fortschritt, der reaktive Staat läuft ihm hinterher. Im letzteren beschränkt sich Gesetzgebung auf die Korrektur oder Regulation aktuell bestehender Probleme und erkannter Defizite. Allerdings werden die Handlungsspielräume nationaler (Wirtschafts-)Politik durch den globalen Systemwettbewerb in einer Weise eingeschränkt, die viele Lösungsvorschläge auf einzelstaatlicher Ebene absurd erscheinen läßt. Das umfaßt alle wesentlichen Politikbereiche, von der Steuer- über die Umwelt- bis zur Migrationspolitik.

Die Staaten Europas sind besonders herausgefordert: Als Gesellschaften mit hoher Gegenwartsfixierung perpetuieren sie eine Mentalität der Unbeweglichkeit, in der vergangene Stärken als Begründung für eine goldene Zukunft angeführt und Privilegien kompromißlos verteidigt werden. Diese organisierten Widerstände lassen sich nur mit Reformpaketen überwinden, die allen einen Beitrag für die Allgemeinheit abverlangen und mit hoher Schlagzahl umgesetzt werden. Geschwindigkeit wird dann zu einem wichtigen Reformimpuls selbst, weil die Zeitspanne zwischen Verlust und Gewinn für Menschen und Unternehmen verringert wird. Die Verkürzung dieser Phase des *knowing-doing gap* wird sich zu einem wichtigen Parameter im Wettbewerb der Volkswirtschaften entwickeln, insbesondere angesichts der schnellen Lern- und Umsetzungserfolge der aufholenden Ökonomien in Ostasien.

Wie soll sich der Staat dabei verhalten? Unternehmen komponieren sich ständig neu -organisatorisch und personell-, um dem Wettbewerbsumfeld gerecht zu werden. Das Konstrukt des Staates hingegen ist in seinen grundlegenden Konstitutions- und Wahrnehmungsmustern seit Jahrhunderten unverändert, und die Geschichte lehrt uns, daß Staaten im Regelfall Trends als letzte erkennen, lange nach Wissenschaft und Wirtschaft; und der Erkenntnis folgt häufig kein entschloßenes Handeln. Deshalb kann man dem Staat in den meisten Politikfeldern keinen Informationsvorsprung zubilligen, der sein Handeln legitimieren könnte. Trotzdem liegt seine Bestimmung nicht ausschließlich im reaktiven Handeln: Die

Transformation vom reaktiven zum aktiven Staat bedeutet, Kompetenzen abzugeben (dadurch Schnelligkeit und Handlungsflexibilität zu gewinnen) und dem Markt mehr als bisher zu vertrauen – beide werden davon profitieren.

2. Von der Konkurrenz zur intelligenten Kooperation zwischen Staat und Wirtschaft

In der öffentlichen Diskussion besonders in Kontinentaleuropa wird das facettenreiche Verhältnis von Staat und Privatwirtschaft häufig als spannungsgeladen und antagonistisch thematisiert. In diesem Diskurs steht die Rollenverteilung der Akteure meistens schon am Anfang fest: „Unpatriotisches“ Unternehmen entzieht sich dem staatlichen Zugriff durch Standortverlagerung. Tatsächlich belegen Umfragen zum einen, daß bei Investitionsvorhaben nur in seltenen Fällen die Entscheidung zwischen Inland oder Ausland getroffen wird; zum anderen läßt die steigende weltwirtschaftliche Verflechtung neue Konsumentengruppen im Ausland entstehen, die Arbeitsplätze und Steuereinnahmen im Inland sichern. Die neuartigen Umfeldbedingungen der Globalisierung eröffnen die Perspektive, daß Staat und Unternehmen voneinander lernen, denn die Moderne benötigt beide Akteure, um die großen Herausforderungen unserer Zeit wie Klimawandel, Wasserknappheit, Alterung der Bevölkerung und die Arbeitslosigkeit zu überwinden.

Gegenseitige Verflechtung, Zusammenarbeit und Interdependenz von Staat und Wirtschaft sind nicht das Problem, sondern die Lösung. Die Partner sitzen in realiter längst in einem Boot, häufig ohne sich dessen unbedingt bewußt zu sein. Zukünftig wird diese Rollenverteilung von einer Koexistenz von Wettbewerb und intelligenter Kooperation gekennzeichnet sein. Dazu bedarf es neuer Schnittstellen (und deren Manager) in Unternehmen und Regierung. Die Ablösung des „Primats der Politik“ durch ein „Primat des Wissens“ erfordert eine neue Mischung aus Experten und Generalisten in Führungsaufgaben, die Erfahrungen in öffentlichen und privaten Ämtern vorweisen können. Auf der supranationalen Ebene müssen sich Staaten untereinander im Sinne einer *global governance* besser

vernetzen, um mit transnationalen Unternehmensnetzwerken konkurrieren und kooperieren zu können, sowie um Blockaden auf nationalstaatlicher Ebene aufzulösen und die grenzübergreifenden Probleme unserer Zeit lösungsorientiert anzugehen.

3. Von „Beruhigungs-Pillen“ zur politischen Führung

Der Umbau des Staates von der Verteilung zur Freiheit beginnt in den Köpfen der Menschen. Dieser Prozeß sollte durch politische Führung begleitet werden, die durch kontinuierlichen, ehrlichen Dialog auf Basis eines gesellschaftlichen Konsenses über Fortschritt zum Nutzen aller Orientierung und Teilhabe der Bevölkerung ermöglicht. Seit Jahren wird, besonders auch in Deutschland, ein Mangel an politischer Führung diagnostiziert. „Beruhigungs-Pillen“ wie „Die Rente ist sicher“ werden zwar von Politikern gerne verabreicht, ohne jedoch in der Bevölkerung zu wirken. Vielfach wird die Veränderungsbereitschaft aus der Mitte der Gesellschaft sogar unterschätzt. Eine gestaltungsfähige Demokratie braucht politisch Führende, die auch im Angesicht von Widerständen unbequeme Entscheidungen treffen und daran festhalten. Dies gelingt umso besser, je stärker das Prinzip der liberalen Bürgergesellschaft, also das Zusammenleben in größtmöglicher individueller Freiheit und (sozialer) Verantwortung ausgeprägt ist. In einem Gemeinwesen, das sich durch den liberalen Wettbewerbsgedanken, Freude an Leistung und Erfolg zum Nutzen aller und Vertrauen auf Antrieb und Motivation des Einzelnen als besseres Ordnungsprinzip auszeichnet, sind Menschen kollektiv und individuell bereit, Veränderungen mitzutragen und Politik kritisch-konstruktiv zu begleiten. Staaten sind umso handlungsfähiger, je stärker die Identität, das Zusammengehörigkeitsgefühl einer Gesellschaft ausgebildet ist.

Zwar muß politische Führung in der Gegenwart wirken, ihr Gestaltungsanspruch genügt den Prinzipien der Langfristigkeit und der Nachhaltigkeit aber nur dann, wenn ihre konkreten Politikangebote grenzübergreifende Antworten auf die wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen

Herausforderungen von (über)morgen bereithalten. Dabei geht es in modernen Demokratien weniger um hierarchische Steuerung, sondern vorwiegend um horizontale Planung und Koordination. Die großen Veränderungen, vor denen hoch entwickelte Volkswirtschaften stehen, lassen sich durch Machtdemonstrationen nicht einleiten, geschweige denn langfristig umsetzen. Je weniger auf Macht als Ressource der politischen Führung zurückgegriffen werden kann, desto eher gewinnt Kommunikation und Visualisierung an Bedeutung. Vertrauen in die handelnden Personen ist dabei eine wesentliche Erfolgsbedingung. Gerade weil politische Gewißheiten an Prägekraft verlieren und sich die Muster von politischer Gefolgschaft verändern, steigt die Sehnsucht nach politischer Führung, die sich auch telegen personalisieren läßt.

Durch die gezielte Ansprache verschiedener Akteursgruppen muß politische Führung darauf bedacht sein, Mehrheiten und Koalitionen mit durchaus heterogener Anhängerschaft zu schmieden – wenn hilfreich auch mit Unternehmen. Diese Mehrheiten werden im parlamentarischen Raum und im Gesetzgebungsprozeß ebenso benötigt wie bei Wahlen, was ein permanentes Miteinbeziehen und Überzeugen von Bürgern und Organisationen impliziert. Die Herstellung allgemeinverbindlicher Entscheidungen, ein Wesensmerkmal von Politik, greift dabei über einzelne Organisationen hinaus und umfaßt die gesamte Gesellschaft, deren Bestandssicherung und Erneuerung.³ Ganz im Sinne des einleitenden Zitats von Saint-Exupéry darf politische Führung nicht in Schablonen denken, sondern soll einen umfaßenden integrativen Gesellschaftsentwurf bereitstellen, der auf gemeinsam gelebten Werten und Traditionen aufbaut.

Insofern hat politische Führung in dem hier vertretenen Sinne das Potential, zum entschiedenen Befürworter eines schlanken Staates zu avancieren, da sich ein auf Kernaufgaben beschränkter Apparat besser steuern und (wichtiger noch) der Bevölkerung erklären läßt. Die

³ Dabei stößt politische Führung selbstverständlich auf verfassungsmäßige Grenzen, die sich vor allem im Prinzip der Gewaltenteilung und der Vorsorge gegen Machtmißbrauch konkretisieren.

Tatsache, daß der Staat zum Beispiel in Deutschland inzwischen fast 50% der Verwendung des Bruttoinlandsprodukts kontrolliert (in anderen Staaten Europas sieht es ähnlich aus), läßt darauf schließen, daß Politiker für nichts wirklich verantwortlich sind – ansonsten würden sie freiwillig auf Aufgaben verzichten und sich in ihrer Tätigkeit auf Essentielles beschränken. Führung meint hier die Konzentration auf das Wesentliche. Ein handlungsfähiger Staat zeichnet sich durch kluge und weitsichtige politische Führung aus.

In einer sozialen Marktwirtschaft ist die Leistungsgerechtigkeit primäres Verteilungskriterium (und sollte es auch für staatliches Handeln sein), nicht zuletzt, um die Grundlagen einer gestaltungskräftigen Demokratie und das Potential der Fürsorge für Bedürftige zu erhalten. Da kein Nationalstaat sich dem weltweiten Systemwettbewerb dauerhaft entziehen kann, brauchen wir dringend den Systemwechsel hin zu mehr Eigenverantwortung und privater Initiative.

- Der freiheitliche Staat ermöglicht die faire Teilhabe aller seiner Bürger, indem er Chancengleichheit Wirklichkeit werden läßt; der verteilende Staat zementiert bestehende Privilegien und schließt dadurch viele Gruppen vom Fortschritt aus.
- Der freiheitliche Staat ist schlank und effizient, weil er sich in Kernbereichen spezialisiert und Ressourcen effizient verwendet; der verteilende Staat nährt lediglich die Illusion der Allzuständigkeit, die er nicht einlösen kann.
- Der freiheitliche Staat handelt im Interesse seiner Bürger und Unternehmen, indem er international wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen bietet; die Fehlallokationen des verteilenden Staates verstaatlichen Verantwortung und erodieren dadurch stetig die grundlegenden Funktionsbedingungen unserer Gesellschaft.

Der Staat fühlt sich zwar für vieles verantwortlich, dennoch hemmt seine Dominanz den Fortschritt in vielen Bereichen – und sie überfordert die öffentlichen Haushalte, die von hohen Zinslasten und

Sozialausgaben dominiert sind.⁴ Um eine Überforderungssituation zu vermeiden und eigene Existenzgrundlagen nicht zu gefährden, wird der Staat in Zukunft mehr Verantwortung an Gesellschaft und Wirtschaft zurückübertragen, die dann durch Bürger und Unternehmen freiwillig im Interesse der Solidargemeinschaft gestaltend wahrgenommen werden kann.

Die Kraft eines Staates zur grundsätzlichen Veränderung erwächst aus Furcht und Hoffnung. Der Verteilungsstaat ist strukturell überfordert, da er über Jahrzehnte eine Versicherungsmentalität hat entstehen lassen, deren Erwartungen er jetzt nicht mehr entsprechen kann. Wenn der Staat gestalten möchte, muß er sich dafür zunächst selbst reformieren, hin zu mehr Kompetenz und Glaubwürdigkeit seiner Institutionen und Repräsentanten. Das 21. Jahrhundert benötigt freiheitliche Staaten im partnerschaftlichen Zusammenspiel mit profitablen Unternehmen und Menschen, die in Freiheit und Verantwortung vor sich selbst ihre Lebensentwürfe realisieren.

⁴ So bestehen beispielsweise zwei Drittel des deutschen Bundeshafts für das Jahr 2005 mit einem Gesamtvolumen von EUR 260 Milliarden aus diesen beiden Posten.